

Inhaltsverzeichnis

-

1. Chronologie der dt. Geschichte von 1945 bis 1990

1.1. Chronologie der westlichen Besatzungszonen und der späteren BRD

1.2. Chronologie der östlichen Besatzungszone und der späteren DDR

2. Die Ideologie des Rechtsextremismus in den 60ern am Beispiel der NPD - eine Erscheinung der Wirtschaftskrise?

2.1. Einleitung

2.2. Entstehung, Aufstieg und Abstieg der NPD

2.3. Die Ideologie der NPD

2.3.1. Die Wählerstruktur

3. Der Bau der Berliner Mauer

3.1. Einleitung

3.2. Das sowjetische Ultimatum vom November 1958

3.3. Vom Ultimatum zur Mauer

3.4. Die Situation nach dem Mauerbau

3.5. Die Bedeutung des Mauerbaus für die DDR

3.6. Die Bedeutung des Mauerbaus für die BRD und West-Berlin

-

1. Chronologie

1.1. Chronologie der westlichen Besatzungszonen und der späteren BRD

1945

7.6/ 9.6 Kapitulation der deutschen Wehrmacht

5.6 Aufteilung Deutschlands in 4 Besatzungszonen

Juli Alliierten rücken in Deutschland ein

17.7.- 2.8. Potsdamer Konferenz

8.8. Beginn der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse

30.8. Errichtung des Alliierten Kontrollrates in Berlin

5.10.- 7.10. Gründung der SPD

10.10. Gründung der CSU

14.10.- 16.10. Gründung der CDU

1946

6.1./ 7.1. Gründung der FDP

30.9.- 1.10. Verkündung der Urteile der Kriegsverbrecherprozesse

12.10. Beginn der Verhaftung von Nazis

2.12. Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone zur Bizone

1947

3.2. Ahlener Programm der CDU (Verstaatlichung von Betrieben)

25.2. Staat Preußen aufgelöst

22.4.- 25.4. Gründung des DGB

1948

23.2.- 7.6. Londoner Sechsmächtekonferenz

20.3. Ende des Alliierten Kontrollrates, da SU ihn verläßt

21.6. Beginn der Währungsreform

24.6. Beschluß soziale Marktwirtschaft einzuführenà darauf Beginn Berlinblockade

1.7. Frankfurter Dokumente

1.9. Beginn der Arbeit des parlamentarischen Rates (bereits 10.8.- 23.8. Vorarbeiten an Verfassung)

1949

6.4.- 8.4. Beschluß der Einrichtung der Hohen Kommission + Trizone (Frk., GB, USA)

4.5. Ende der Berlinblockade

23.5. Verkündung des Grundgesetzes (8.6. angenommen)

15.7. Düsseldorfer Leitsätze der CDU (soziale Marktwirtschaft beschlossen)

- 14.8. Wahl zum Bundestag
- 12.9. Theodor Heuss 1. Bundespräsident
- 15.9. Konrad Adenauer 1. Bundeskanzler
- 21.9. Besatzungsstatut in Kraft getreten (Militärregierung aufgelöst)
- 31.10. BRD Mitglied der OEEC
- 22.11. Petersberger Abkommen
- 15.12. Marshallplan in Kraft

1951

- 15.2. Schaffung des Bundesgrenzschutzes
- 6.3. BRD erhält Vollmachten in Außenpolitik
- ? Aufnahme in Europarat

1952

- 11.1. Gründung der Montanunion
- 26.5. Bonner Konvention
- 23.10. Verbot der Sozialistischen Reichspartei (Nachfolger NSDAP)

1953

- 27.2. Londoner-Schulden-Abkommen (regelt Kriegsschulden)
- 6.9. Bundestagswahl

1954

- 26.2. Wehrhoheit der BRD beschlossen
- 28.9.- 3.10. Londoner Neun-Mächte-Konferenz
- 19.10.- 23.10. Pariser Konferenzen (führen zu Pariser Verträgen)

1955

- ? Hallstein-Doktrin verkündet
- 5.6. Verkündung der vollen Souveränität der BRD (Beitritt zur NATO/ Brüsseler Pakt)
- 5.9. Landwirtschaftsgesetz (Neuordnung der Landwirtschaft)

ab September

Aufnahme politischer Beziehungen zur SU

1956

- 6.7. Einführung der allgemeinen Wehrpflicht
- 26.7. Gründung der Bundesbank
- 17.8. Verbot der KPD
- 27.10. Saargebiet endgültig a Deutschland

1957

- 15.10. Bundestagswahl (CDU/ CSU totale Mehrheit)
- ? Gründungsmitglied der EWG

1958

- 25.4. Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Handelabkommens

1960

- August Kündigung des Interzonenabkommens

1961

- 13.8. Beginn des Mauerbaus
- 17.9. Bundestagswahl (CDU/ CSU verliert totale Mehrheit, Adenauer zum 4x Kanzler)

1962

- Oktober Pressefreiheit) Spiegelaffäre (Minister kündigten Rücktritt, wegen Verletzung der

1963

- 16.10. Ludwig Erhardt Nachfolger von Adenauer
- ? Freundschaftsvertrag mit Frankreich

1965

- Mai Bruch der Beziehungen mit arabischen Staaten
- 19.9. Bundestagswahl (CDU gewinnt, Erhardt Kanzler)

1966

- 27.10. Bruch der Koalition
- 1.12. Beginn einer Großen Koalition

1968

- 26.6. Billigung des Notstandgesetzes (bildete sich APO)

1969

- 29.9. Bundestagswahl (CDU gewinnt, Koalition von FDP, SPD, Kanzler wird W. Brandt)
- 28.11. Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag

1970

- 26.3. Beginn der Vier-Mächte-Konferenz
- 12.8. Moskauer Vertrag
- 7.12. Warschauer Vertrag

1971

- 3.9. Ende der Vier-Mächte-Konferenz

1972

- 3.6. Inkrafttreten der Ost-Verträge
- 19.11. nach Auflösung des Bundestages neue Bundestagswahl (Koalition SPD, FDP)

1973

- 21.6. Grundlagenvertrag mit DDR tritt in Kraft
- 18.9. Aufnahme in UNO

1974

Mai Brandt tritt nach Guillaume-Affäre zurück, Schmidt Kanzler

1974

Juli BRD Mitglied der Genfer Abrüstungskonferenz

1976

3.10. Bundestagswahl (Koalition SPD, FDP, Kanzler Schmidt)

1977

Oktober Entführung Schleyers, einer Lufthansamaschine in Mogadischu

? Höhepunkt der Studentenproteste (ab 1975)

1980

5.10. Bundestagswahl (Koalition SPD, FDP)

1982

September Bruch der Koalition (Mißtrauensvotumà Kohl wird Kanzler)

1983

6. März Bundestagswahlen, da Auflösung Bundestag (CDU/ CSU, FDP Koalitionà besteht bis heute)

ab 1982 erhöhtes Ansteigen der Arbeitslosenzahlen

1985

April/ Mai Besuch Kennedys in der BRD

1989

9.11. Verkündung der Reisefreiheit in der DDR

1990

- 31.8. Unterzeichnung des Einigungsvertrages
- 12.9. Zustimmung der ehemaligen Alliierten
- 3.10. Wiedervereinigung offiziell begangen
- 21.11. Ostblock stimmt zu

-

1.2. Chronologie der östlichen Besatzungszone und der späteren DDR

Eine Tabelle mit allen Staatsoberhäuptern befindet sich, wie weitere Bilder, im Anhang.

1945

- ab 45 Schaffung eines sozialistischen Geistes in Kunst, Bildung, Kultur
- April Gruppe „Ulbricht“ trifft ein
- 7.6/ 9.6 Kapitulation der deutschen Wehrmacht
- 5.6 Aufteilung Deutschlands in 4 Besatzungszonen
- 9.6. Errichtung der SMAD
- 10.6. Genehmigung der Bildung antifaschistischer Parteien
- 11.6. Gründung der KPD
- 15.6. Gründung der FDGB und SPD
- 26.6. Gründung der CDU
- 5.7. Gründung der LDPD
- 14.7. Bildung des antifaschistischen Blocks
- 3.9. Beginn der Bodenreform
- 30.8. Errichtung des Alliierten Kontrollrates in Berlin

1946

- 21.4./ 22.4. Vereinigung SPD, KPD zur SED

1947

14.6. Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission

6.12./ 7.12. 1. Dt. Volkskongreß

1948

23.4. Gründung der VVB

29.4. Gründung der Bauernpartei

25.6. Gründung der NDPD

23.6. Währungsreform

3.7. Gründung der kasernierten Volkspolizei

1949

15.5./ 16.5. 3. Dt. Volkskongreß

29.5. Annahme der Verfassung

7.10. Gründung der DDR

10.10. Umwandlung SMAD in SKK

1950

6.7. Anerkennung der Oder-Neiße Grenze in Görlitzer Vertrag

29.9. Beitritt zum RGW

1952

29.4. Umwandlung VVB in VEB

23.7. Teilung der DDR in 14 Bezirke und 217 Kreise

1953

28.5. SKK aufgelöst

17.6. Aufstand in DDR (durch sowjetische Truppen niedergeschlagen)

1954

25.3. Souveränitätserklärung der DDR durch SU

17.10. Volkskammerwahlen (94,5% für Einheitslistenà Wahlen nicht mehr erwähnt, da immer selbe Ergebnisse)

1955

20.9. Amt des Hohen Kommissars aufgehoben

1956

18.1. Schaffung der NVA

1958

13.2. staatliche Planungskommision zur Lenkung der Wirtschaft eingerichtet

1959

3.6. Gründung von LPGs beschlossen

1960

12.9. Amt des Präsidenten abgeschafft (Staatsrat eingeführt)

1961

13.8. Beginn des Mauerbaus

1962

24.5. Einführung der allgemeinen Wehrpflicht

1964

12.6. Abkommen mit SU über Unantastbarkeit der Grenzen der DDR

1967

20.2. Gesetz über „Staatsbürgerschaft der DDR“

1968

- ab 1968 Verschärfung der Strafen bei politischen Delikten
- 6.4. neue Verfassung der DDR angenommen
- in 60ern verschärfte Kontrollen für West-Bürger an Grenzen
- 20.8./ 21.8. Beteiligung am Prager Frühling
- 1971**
- 3.5. Nachfolger von Ulbricht wird Honecker
- 17.12. Transitabkommen mit BRD
- 1973**
- seit 70er Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage
- 21.6. Grundlagenvertrag mit BRD tritt in Kraft + diplomatische Beziehung zur NATO
- 1.8. Tod Ulbrichts
- 18.9. Aufnahme in UNO
- 1974**
- 4.9. nimmt Beziehungen zu USA auf (internationale Anerkennung)
- 1976**
- 22.5. Honecker Generalsekretär
- 1981**
- Dezember Besuch von Kanzler Schmidt
- 1982**
- 15.7. Beginn der Stationierung von Kurzstreckenraketen
- 1983**
- 1.7. BRD gibt DDR Kredit über 1 Mrd. DM

1984

seit 84 Flüchtlinge halten sich in Botschaften der BRD in Prag auf

1987

? Besuch Honeckers in der BRD

1989

Herbst Honecker tritt zurück; Nachfolger Krenz (7 Wochen an Macht); Nachfolger Modrow

Herbst Formierung oppositioneller Gruppen (Montagsdemos)

9.11. Verkündung der Reisefreiheit in der DDR → Flüchtlinge in Ungarn dürfen in Westen reisen

1990

Frühjahr Umbenennung der SED in PDS

31.8. Unterzeichnung des Einigungsvertrages

12.9. Zustimmung der ehemaligen Alliierten

3.10. Wiedervereinigung offiziell begangen

21.11. Ostblock stimmt zu

-

-

-

2. Die Ideologie des Rechtsextremismus in den 60ern am Beispiel der NPD - eine Erscheinung der Wirtschaftskrise?

-

2.1. Einleitung

Kaum eine Partei erregte die öffentliche Diskussion in den 60'er Jahren so sehr wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands. Nach dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei 1952 und der hoffnungslosen Zersplitterung des rechts-extremen Spektrums der deutschen Parteienlandschaft war es einer nationalen Sammlungspartei erstmals wieder gelungen, diese Kräfte zu vereinen und beachtenswerte Wahlerfolge zu erringen. Die etablierten Parteien und die durch Studentenunruhen sensibilisierte Öffentlichkeit reagierten heftig gegen die vermeintliche "rechte Gefahr", die das demokratische System der Bundesrepublik zu bedrohen schien. In dieser Arbeit will

ich mich vorrangig mit der Ideologie dieser Partei befassen, beleuchte aber auch kurz ihre Geschichte.

2.2. Entstehung, Aufstieg und Abstieg der NPD

Die Gründung der NPD am 28. November 1964 als eine Partei, die sich dem Alten Nationalismus der Weimarer Republik verpflichtet sah, kam am Anfang der 60er Jahre nicht von ungefähr. Von den zahlreichen rechtskonservativen Parteien, sofern sie nicht wie die Sozialistische Reichspartei (SRP) verboten worden waren, hatte nur die Deutsche Reichspartei (DRP) eine nennenswerte Bedeutung erlangt. Doch auch sie kämpfte Anfang der 60er Jahre mit Zersplitterungstendenzen und Auflösungserscheinungen. Der DRP war es in der Bundestagswahl von 1961, wie in den Jahren zuvor, wieder nicht gelungen, in das Parlament einzuziehen.

Die weitere Entwicklungsgeschichte der NPD lässt sich in mehrere Phasen einteilen. Als erste Phase kann man die Zeit von der Gründung bis zum Karlsruher Parteitag im Juni 1966 nennen. In dieser Zeit erfolgte der Aufbau und die Festigung der Parteiorganisation. Unterstützt wurde dies von zahlreichen Ortsverbänden. 1965 trat die NPD erstmals zu den Bundestagswahlen an und erzielte 2,0% der Stimmen. Zwei Jahre nach ihrer Gründung, im November 1966, hatte die NPD bereits 25000 Mitglieder und 23 Landtagsmandate. 1967 waren es bereits 61 Mandate. Bei der Bundestagswahl 1969 erlitt die Partei eine erschütternde Niederlage. Es hatte sich gezeigt, dass das Wählerpotential der NPD überwiegend aus Protestwählern bestand. Mit dem seit 1968 einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch mit dem der Bildung, entfielen diese Wähler. Die monatelange Verbotsdiskussion hatte ebenso Wirkung gezeigt, wie die Anti-NPD-Kampagnen in Gewerkschaften und Medien. Die Wählerschaft wechselte zur CDU/CSU.

Es ist zu kritisieren, dass die Bundesregierung nicht Gebrauch von ihrem Recht machte die NPD zu verbieten. So entstanden zahlreiche Initiativen gegen die NPD. Auch das Ausland beäugte misstrauisch den neu aufkeimenden Nationalsozialismus. Ohne diese Initiativen und den Wirtschaftsaufschwung, wäre die Wahrscheinlichkeit groß gewesen, dass die NPD in den Bundestag einzieht.

2.3. Die Ideologie der NPD

Eine Partei, die versucht Mitglieder und Wähler zu mobilisieren, muss versuchen, bestimmte soziale Gruppen anzusprechen und ihnen zu vermitteln, dass ihre Interessen bei ihr am besten aufgehoben sind. Die Konzentration auf eine in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Mittelschicht legte im Fall der NPD den Protest gegen eine moderne, liberale, demokratische und pluralistische Gesellschaft nahe. Eine obrigkeitsstaatliche, deutsche Tradition versprach, durch Einheit und Geschlossenheit den bedrohten sozialen Status der Mitglieder und Wähler zu sichern. Neben dieser sozialen Tendenz stellt der Sammlungscharakter der Partei ein zweites wichtiges Element dar. Da fast alle Sachfragen in der Partei kontrovers diskutiert wurden, blieb als Ideologie nur der Reflex auf die Erwartungen und Vorstellungen der möglichen Anhängerschaft. Schlagworte und Ideale mit denen die Parteigänger ähnliche Vorstellungen verbanden, wurden so zu integrativen Elementen, meist ohne Rücksicht auf ein logisch strukturiertes Ideologiegebäude. Das Parteiprogramm der NPD sowie öffentliche Äußerungen von Parteifunktionären waren stets so gehalten, ein juristisches Vorgehen gegen die

Partei zu vermeiden. Das Verbot der SRP hatte die Gefahr einer staatlichen Gegenreaktion gezeigt. Gestalter der Parteiideologie waren vor allem die aus der SRP stammenden Funktionäre. 1964 wurde auf dem Hanno-verschen Parteitag das "Gründungsmanifest" der NPD verfasst, das eine Sammlung vager national-konservativer Aussagen zu den Zielen der Partei be-inhaltete. Das erste ordentliche Parteiprogramm der NPD folgte erst auf dem dritten Parteitag in Hannover, vom 10.-12. November 1967. Leitgedanken im ersten Parteiprogramm der NPD waren: Starke Betonung nationaler Gedanken in der Wirtschafts-, Erziehungs-, Verteidigungs- und Außenpolitik; Fremden-feindlichkeit; Agrarromantik; Antiliberalismus; Antipluralismus; Aggressivität ge-genüber der bestehenden demokratischen Gesellschaftsordnung. Damit hatte die NPD Ideen aufgegriffen, die seit der Weimarer Republik in Parteien wie der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der NSDAP verbreitet gewesen wa-ren, ohne sich jedoch mit einer dieser Parteien zu identifizieren. Das Programm war jedoch letztlich so gehalten, dass es zwar reichlich politische, jedoch kaum rechtliche Angriffspunkte bot. Auf dem Papier des Parteiprogramms offenbarte sich die NPD auf den ersten Blick als eine demokratische, bürgernahe und kon-servative Partei, die in keinem offenen Konflikt zu den Grundsätzen der freiheit-lichen demokratischen Ordnung stand, jedoch auch keine klare politische Linie erkennen ließ. Günther Grass sagte einmal: "Hat die NPD ein Programm? Sie ist für die Todesstrafe und gegen Gastarbeiter. Sie stellt Ansprüche auf Gebiete, in denen, wie es heißt, das deutsche Volk seit Jahrhunderten gewachsen ist. Sie ist einfach schlicht gegen Entwicklungshilfe. Ist das ein Programm?" Dieses Zitat finde ich sehr treffend, da es zeigt, dass die NPD nur eine Partei ist, die versucht Stimmen zu gewinnen durch die Menschen provozierende Aussagen. Protestwähler machen 80% der Wählerschaft aus. Da die eigentlichen Ziele der NPD doch weitaus radikaler waren und noch immer sind, als dies im Parteipro-gramm publiziert wurde, konnten diese nur an anderen Stellen zum Ausdruck kommen. Das 1967 erschienene "Politische Lexikon" und die Parteizeitung "Deutsche Nachrichten" übernahmen vorrangig diese Aufgabe. Beide erfüllten sozusagen eine propagandistische Aufgabe. Im Lexikon wird vor allem die neue Kultur kritisiert und eine übersteigerte nationale Weltanschauung präsentiert. Obwohl sich die NPD zum Grundgesetz und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekannte, vertrat sie dennoch die These, dass wirkliche Demo-kratie in der Bundesrepublik niemals realisiert worden wäre. Die auf solchen Überlegungen basierende ideale Staatsform konnte laut NPD nur ein Führer-staat sein. Die NPD vertrat sogar noch die Rassenlehre, was ein Ausschnitt aus ihrem Programm zeigt: "Die Grundartung und Gemeinschaft Menschheit entsproß nicht einer völlig gleichen Art und Gemeinschaft, sondern in großen getrennten Räumen in Unterarten und Untergemeinschaften, in Rassen mit ver-schiedenen leiblichen und geistigen Stilanlagen ...". Entsprechend diesen An-sichten einer Rasse werden auch antisemitische Dogmen vertreten, die in vielen Fällen an nationalsozialistische Propaganda heranreichen. Es wird gesagt, dass es nie einen Befehl zur Massenvernichtung von Juden gegeben hat- merkwürdig jedoch, dass die NPD auch heute noch Reisen nach Auschwitz unternimmt, die sich für mich als reine Provokation darstellen. Auch wird den Juden die Mani-pulation der Wirtschaft vorgeworfen, wie auch die der Politik. Der Nationalsozia-lismus wird nicht besonders hervorgehoben, die deutsche Vergangenheit aber glorifiziert. Das Leben dient einer Art „ökonomischer Lebensversorgung“. Analog dieses Leitsatzes wird die Kriegsschuld von Deutschland gewiesen und die Schuld Frankreich und England gegeben, denn diese hätten Deutschland pro-voziert. Die Entnazifizierung wird als "tiefgehende Verfremdung des Denkens und Fühlens“ hingestellt. Ein weiterer Punkt ist, dass Deutschlands alte Grenzen (Drittes Reich) wieder hergestellt werden sollen. Dazu gehört politische, wirt-schaftliche Unabhängigkeit vom Ausland. Eine Unabhängigkeit wird Deutsch-land vor Krisen schützen. So muss die Vorherrschaft der USA in Europa beendet werden. Die NPD würde bei einem Herrschaftsantritt eine Politik der Eindäm-mung Deutschlands betreiben. Der Kommunismus wird stark kritisiert und die Führer linksgerichteter Organisationen werden öffentlich angegriffen. Unter Kommunismus zählt die NPD auch die SPD, den DGB und sozialkritische Schriftsteller. Diese Ideologie hat sich bis heute kaum verändert, wenn sich ihre Ziele und Forderungen nicht sogar noch

verstärkt haben. Ergänzt wurde die Ideologie durch das Thema Europa und seit neuestem auch dem Thema Euro. Die NPD lehnt eine Integration Deutschlands in Europa ab, wie auch den Euro, der, wie die NPD denkt, die deutsche Wirtschaft nur noch weiter ruinieren würde.

2.3.1. Wähler- und Mitgliederstruktur

Während in der Gründungsperiode der NPD sich die Parteimitglieder weitgehend aus der DRP und zahlreichen anderen national-konservativen oder rechtsextremen Gruppen rekrutierten, änderte sich dies mit dem Aufstieg der Partei. Gegen Ende der sechziger Jahre hatte sich die Sozialstruktur der NPD-Wähler an die der Gesellschaft der Bundesrepublik deutlich angenähert. Es hatte sich gezeigt, dass die Wahlerfolge der Partei auf eine sozial breit gefächerte Wählerschaft zurückgingen. Vor allem in wirtschaftlich schwachen Regionen gewann die Partei Anhänger aus allen Berufsgruppen. Ebenfalls zeigte sich, dass Mitglieder von Berufsgruppen, die von der Wirtschaftskrise der späten 60er Jahre stark betroffen waren, bundesweit mit der NPD sympathisierten. Wähler - unabhängig von der Einkommenshöhe -, obwohl man sagen muss, dass ein breiter Kreis aus mittelständigen Berufsgruppen kommt, die glaubten, es seien allgemein, oder für sie speziell schlechte Zeiten zu erwarten, neigten dazu, den autoritären Lösungsvorschlägen der NPD Gehör zu schenken. In katholischen Bevölkerungskreisen konnte die Partei jedoch nur geringe Erfolge verzeichnen. Frauen machen gerade mal 10% der Wählerschaft aus. Ziel war es, Rechte, NS-Mitläufer, Vertriebene, Soldaten, mittelständische Selbständige, Bauern und Facharbeiter zu mobilisieren. Verbindendes Element waren emotionale Aussagen zu Reizworten wie Kriegsschuld, Ordnung etc. sowie zu atmosphärischen Begriffen wie Einheit, Stärke, Treue. Es ist nicht anzunehmen, dass die Ideologieelemente in ihrer Gesamtheit allen Mitgliedern, geschweige denn der gesamten Wählerschaft bekannt waren. Im Zuge der politischen Arbeit wurden diese Elemente, die sich darüber hinaus in vielen Punkten logisch widersprachen, einzeln und der jeweiligen Situation angemessen, vorgetragen. Es waren überwiegend konservativ orientierte Protestwähler, welche der NPD ihre Wahlerfolge ermöglichten.

3. Der Bau der Berliner Mauer

3.1. Einleitung

Der DDR-Führung war es trotz umfangreicher Propagierung der Einheit Deutschlands, der Ausnutzung von Ost-Berlin als Symbol für die Einheit Deutschlands und der Unterstützung oppositioneller Kräfte in der BRD nicht gelungen, den westdeutschen Staat zu destabilisieren. Im Westen glaubte die überwiegende Mehrheit, die Einheit Deutschlands könne in absehbarer Zeit nur durch die Einverleibung der DDR realisiert werden. Die Westberliner sahen sich mehr denn je als "Vorposten der Freiheit" und "Schaufenster des Westens". In der DDR gab man die Bemühungen, die Bundesrepublik über eine Konföderation für den Sozialismus zu gewinnen, mehr und mehr auf. Als 1956 Unruhen in Polen und Ungarn die Instabilität des sozialistischen Lagers deutlich machten, wandte man sich einer Absicherung der inneren Stabilität zu. Um die hohen Flüchtlingszahlen einzudämmen, verabschiedete die Volkskammer am 11.12.1957 ein Gesetz, in dem die

Republikflucht unter Strafe gestellt wurde. Der Reiseverkehr zwischen den deutschen Staaten wurde weiter erschwert, Bundesbürger brauchten fortan eine Aufenthaltserlaubnis, um in die DDR reisen zu können.

3.2. Das sowjetische Ultimatum vom November 1958

Schon am 11.8.1958 hatte die Sowjetunion in einem Schreiben an die USA gegen die Einbeziehung von West-Berlin in völkerrechtliche Verträge der BRD protestiert. Dies verstöße sowohl gegen den rechtlichen Status von Berlin (West), als auch gegen die Tatsache, dass Ost-Berlin die Hauptstadt der DDR sei. Nachdem alle Versuche, ohne Abspermaßnahmen die Flüchtlingsströme einzudämmen, gescheitert waren, konkretisierten sich auf sowjetischer Seite die Überlegungen, Berlin (West) als destabilisierenden Faktor zu neutralisieren. Chruschtschow machte deshalb in seiner Note vom 27.11.1958 den Vorschlag, Berlin (West) zu einer "Freien Stadt" zu erklären, entmilitarisiert und von der BRD unbeeinflusst. Mit diesem Schritt sollte der relativ offene Fluchtweg aus der DDR verschlossen werden. Um die Dringlichkeit einer Lösung der Berlinfrage zu betonen, drohte Chruschtschow, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR zu schließen, wenn sich die Westmächte nicht binnen sechs Monaten zu ernsthaften Verhandlungen bereit erklärten. In diesem Falle fiel die Kontrolle über die Zufahrtswege von und nach Berlin unter die Zuständigkeit der DDR.

3.3. Vom Ultimatum zur Mauer

In einer weiteren Note vom Januar 1959 schlug die Sowjetunion vor, innerhalb der nächsten zwei Monate eine Friedenskonferenz einzuberufen, in der ein Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten ausgearbeitet und unterzeichnet werden sollte. Obwohl die Westmächte die sowjetischen Noten in einer gemeinsamen Erklärung zurückwiesen, zeigten sie sich doch zu weiteren Verhandlungen bereit. Auf der Außenministerkonferenz in Genf, die mit Unterbrechungen vom Mai bis August tagte, nahmen außer den vier Mächten erstmals auch Vertreter beider deutscher Staaten teil. Obwohl beide Seiten von ihren Maximalforderungen bezüglich Deutschland und Berlin abrückten, scheiterten die Verhandlungen an der Aufrechterhaltung der vom Westen eingenommenen Rechtsposition für West-Berlin und deren sowjetischen Ablehnung. In der Mitte des Jahres 1960 spitzten sich die wirtschaftlichen und politischen Probleme in der DDR zu. Formell knüpfte das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zwar an die sozialistischen, solidarischen Ideen der Arbeiterbewegung an, doch die politische Diktatur, Rechtsunsicherheit und fehlende Freiheiten verzerrten diese Ideen. Bürokratische Ineffizienz, aber auch Reparationen und Misswirtschaft behinderten das Wirtschaftswachstum beträchtlich. Die Fixierung der DDR-Bürger auf die Bundesrepublik mit ihrer freiheitlich parlamentarischen Demokratie und ihrem "Wirtschaftswunder" sorgte für eine rasch ansteigende Zahl der Flüchtlinge. Den Handwerkern, die im Frühjahr den staatlichen Kollektivierungsbemühungen entgehen wollten, folgten im Sommer überwiegend die Vertreter der Intelligenz. Das Politbüro der SED reagierte auf die Zuspitzung der Lage mit der Ausweitung der parteilichen Machtbefugnisse. Nach Beschlüssen des Politbüros und des Staatsrates im Juli 1960 wurde bindend bestimmt, dass die Staatsorgane die Beschlüsse der SED auszuführen hätten. Dies bedeutete, dass die SED nunmehr ihr Machtmonopol total durchgesetzte und sich alle Autorität staatlicher Macht völlig unterordnete. Ulbricht ging es dabei nicht um die zeitweilige Maßnahme eines Krisenmanagements, sondern darum, die Krise zu nutzen, um den Machtanspruch

des Politbüros langfristig in solch absoluter Art im politischen System der DDR zu verankern wie es in den fünfziger Jahren wegen des Widerstandes der Blockparteien nicht möglich gewesen war. Folgerichtig vervielfachte sich der Parteiapparat der SED in kurzer Zeit, um seiner Weisungsbefugnis gegenüber den staatlichen Organen nachkommen zu können. Dass die politische Motivation Ulbrichts in der zweiten Berlinkrise allein auf Machterhalt ausgelegt war, zeigte sich auch in der Abschaffung des Präsidentenamtes der DDR zugunsten eines Staatsrates, dessen Vorsitzender er im September 1960 wurde. Da Ulbricht außerdem Erster Sekretär der ZK der SED war und sich im Februar 1960 zum Vorsitzenden des Verteidigungsrates hatte wählen lassen, war ihm die Okkupation entscheidender Machtpositionen gelungen. Es erfolgte eine bis dahin nicht gekannte Unterordnung, Konzentration und Gleichschaltung aller politischen Führungsinstanzen und -kräfte des Landes unter dem Ersten Sekretär des ZK der SED. Diese Position galt es in der Krise, mit allen Mitteln zu verteidigen. Die Lösung der Berlinfrage wurde für die DDR immer dringlicher. Von 1955 bis 1960 waren schon 1.340.878 Bewohner der DDR in den Westen geflüchtet, wovon alleine 667.667 das Notaufnahmeverfahren in West-Berlin beantragt hatten. Die DDR-Führung förderte durch ihre harte Politik die Fluchtbewegung. Gegen angebliche "Menschenhändler" wurden immer schwerere Strafen ausgesprochen. Die Regierung wandte sich nervös gegen die angeblichen "verbrecherischen Abwerbungsaktionen" des Westens, waren doch 50 Prozent der Flüchtlinge unter 25 Jahren. Bis zum Ende des Jahres wurde Berlin zum Schauplatz eines deutsch-deutschen "Kleinkrieges". Die DDR versuchte mit Drohungen gegen Bundestagssitzungen in West-Berlin, der Sperrung des Zugangs nach Ost-Berlin für fünf Tage anlässlich der Tagung der Landsmannschaften in Berlin und der Einführung des Passierscheinzwanges für Bundesdeutsche beim Besuch des Ostsektors herauszubekommen, wie weit sie die Empfindlichkeit der Westmächte gegen Restriktionen innerhalb Berlins herausfordern konnte. In der Bundesrepublik reagierte man mit Empörung und rang sich nach einiger Zeit zu einem schwerwiegenden Entschluss durch. Am 30. September 1960 kündigte die Bundesregierung das Interzonen-Handelsabkommen mit der DDR und stellte damit über zehn Prozent der Gesamtimporte der DDR in Frage. Obwohl die Kündigung gegen Jahresende zurückgenommen werden mußte, da sie indirekt die Versorgung Berlins gefährdete, war die wirtschaftliche und politische Wirkung immens. Die Sanktionen hatten die DDR schwer getroffen und ihr die eigene Abhängigkeit von der BRD vor Augen geführt. Die "Widerrufsklausel", welche dem Vertrag bei seiner Wiederinkraftsetzung eingefügt wurde, führte dem sozialistischen Staat seine Abhängigkeit klar vor Augen. Der neugewählte amerikanische Präsident Kennedy sah sich einer sich anbahnenden Auseinandersetzung gegenüber, die mit allen Mitteln psychologischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Kriegführung geführt wurde. Im Laufe der Vorbereitungen zum amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen in Wien, das am 3. und 4.6.1961 stattfinden sollten, wiederholte Chruschtschow seine Drohungen gegen den Status von West-Berlin, um die Vereinigten Staaten in der Frage der Eindämmung der Flüchtlingsströme zum Handeln zu bewegen. Das Treffen endete jedoch ergebnislos und mit der sowjetischen Drohung eines separaten Friedensvertrages mit der DDR, der in den Augen Chruschtschows ein Erlöschen der westlichen Besatzungsrechte in Berlin zur Folge gehabt hätte. Kennedy machte im Gegenzug deutlich, dass die USA die Verweigerung westlicher Rechte in Berlin als kriegerischen Akt ansehen würden und keinesfalls bereit seien, auf drei essentielle Punkte zu verzichten: Das Recht auf Anwesenheit in Berlin, die Zugangsrechte zur Stadt und die Lebensfähigkeit von Berlin (West) wurden unter der Bezeichnung "three essentials" zur obersten Maxime der amerikanischen Politik in Berlin. In den folgenden Monaten erfolgte auf beiden Seiten ein Wechselspiel von militärischen Maßnahmen, Absichtserklärungen und verbalen Drohungen, um die Gegenseite von der Unhaltbarkeit ihrer Verhandlungspositionen zu überzeugen. Auf Seiten der DDR-Führung ergriff Walter Ulbricht am 15.6.1961 auf einer Pressekonferenz die Initiative. So forderte er die Schließung einer Flüchtlingslager. Aufgrund der wirtschaftlichen Probleme und der hohen Flüchtlingszahlen mußte Ulbricht in kurzer Zeit eine Lösung finden. Doch ist nicht auszuschließen, dass er zu diesem Zeitpunkt noch an einen Verhandlungserfolg der Sowjetunion mit

ihren Friedensvertragsplänen glaubte. Selbst wenn für ihn erweiterte Grenzkontrollen unumgebar schienen, konnte er den Entschluss einer vollständigen Abriegelung der Grenzen nicht im Alleingang fällen. Vom 3.-5.8.1961 trafen sich die Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der kommunistischen und Arbeiterparteien der Mitgliedsländer des Warschauer Paktes in Moskau. Auf der Konferenz, auf der speziell die Deutsche Frage und das Berlin-Problem behandelt wurden, erhielt Ulbricht die politische Zustimmung der UdSSR für seine Absperrpläne Ost-Berlins. In der Nacht vom 12. auf den 13.8.1961 errichteten Volkspolizei und NVA entlang der quer durch Berlin verlaufenden Sektorengrenze Stacheldrahtverhaue und Steinwälle, die in der folgenden Zeit zu einer durchgehenden Mauer ausgebaut wurden. Gleichzeitig wurden Polizei- und Armee-Einheiten in Ost-Berlin eingesetzt, um Demonstrationen zu verhindern. Die Sowjetunion hatte der Regierung der DDR die Verfügung über den Ostsektor Berlins in allen wesentlichen Teilen übergeben und es gestattet, dass Truppen der DDR in Ost-Berlin einrückten und dass DDR-Behörden einseitig die innerstädtischen Verkehrsverbindungen blockierten. Fortan war Berlin als Fluchttor für DDR-Bürger versperrt, die DDR abgeriegelt.

3.4. Die Situation nach dem Mauerbau

Die Errichtung der Absperrmaßnahmen kam für Bundesregierung, Berliner Senat und Westalliierte überraschend. Obwohl Bundeskanzler Adenauer am Abend des 13. August im Fernsehen zu Ruhe und Besonnenheit aufrief, blieb die Situation unübersichtlich. Die Westalliierten zeigten demonstrative Gelassenheit und fanden sich nicht bereit, mehr als eine Beobachtung der Aktivitäten an der Grenze einzuleiten. Diese viel kritisierte Zurückhaltung der Westmächte, aber auch der Bundesregierung nach der Abriegelung der Grenze, resultierte daraus, dass man mit noch sehr viel weitergehende Maßnahmen rechnete. Gefürchtet wurde nicht nur ein Aufstand in der Ostzone mit unkalkulierbaren Auswirkungen, sondern auch ein unmittelbares Vorgehen der DDR gegen die Verbindungswege nach West-Berlin. Bis dahin hatte die DDR nur zu Mitteln gegriffen, welche die Rechte der Westmächte in Berlin nicht verletzen. Auf westalliiertes Seite ging man davon aus, dass ein zu brüskes Vorgehen gegen die Absperrmaßnahmen der Sowjetunion nur einen willkommenen Anlass für Blockademaßnahmen oder für die Einnahme Berlins gegeben hätte. Noch 1948 war die atomare Unverwundbarkeit der USA eine entscheidende Trumpfkarte gewesen, doch die Aufrüstung beider Seiten mit Interkontinentalraketen hatte ein atomares Patt der Supermächte ergeben. Die Stimmung der Bürger in Berlin brach indessen vollends zusammen. Empörung, Enttäuschung über die Untätigkeit des Westens und die Furcht vor einer ungewissen Zukunft führten zu großen Protestkundgebungen. Schließlich sandte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, einen Brief an Präsident Kennedy, dessen Inhalt und Diktion deutliche Schritte unausweichlich machten. Aber erst als diese auch für den auf Hochtouren laufenden Bundestagswahlkampf bedeutsame negative Entwicklung schon offenbar war, ergriff man in Bonn und Washington psychologische Gegenmaßnahmen. Der Deutsche Bundestag wurde zu einer Sondersitzung einberufen, um eine Erklärung des Bundeskanzlers entgegenzunehmen, in der er die DDR scharf verurteilte. Präsident Kennedy ordnete eine demonstrative Verstärkung der amerikanischen Truppen in Berlin an, so dass eine neue Zuversicht unter der Bevölkerung entstand. Die Reaktionen in der DDR waren wider Erwarten außerordentlich vielfältig. Manche DDR-Bürger hofften auf das Versprechen der SED-Propaganda, dass es sich um vorläufige Maßnahmen bis zum Abschluß des Friedensvertrages handele, die Regierung jedoch fühlte sich erleichtert, weil nun die DDR nicht weiter ausbluten konnte. Sie ging davon aus, dass bei hohen Wachstumsraten die BRD in einigen Jahren doch noch in der Arbeitsproduktivität überholt werden könnte. Dies wurde natürlich nicht

ge-schaffen. Doch die Errichtung der Mauer bedeutete noch nicht das Ende der zweiten Berlin-Krise, da Chruschtschow weiterhin versuchte, seine Ziele durch-zusetzen. Ab 23.8.1961 spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen Ost und West weiter zu. Die Sowjetunion bestritt in einer Note an die Westmächte das Recht der Alliierten auf freie Benutzung der Luftkorridore nach West-Berlin. Auf beiden Seiten erfolgte die Verstärkung der Streitkräfte in Europa. Doch erst nachdem der sowjetische Versuch der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Kuba gescheitert war, lenkte Chruschtschow ein und erklärte, dass die Sow-jetunion nicht weiter auf dem 31.12.1961 als Termin für die Unterzeichnung des Friedensvertrages bestünden. Das Ende der Kuba-Krise am 28. Oktober be-deutete daher zugleich das Ende der Berlin-Krise. Die konzeptionelle Perpetie bestand darin, dass die Existenz West-Berlins einerseits und die Existenz der Mauer andererseits stillschweigend als vorerst unveränderbare Bestandteile des Status quo anerkannt wurden. In der Phase nach der Kuba-Krise ging es nun darum, den Berlin-Konflikt auch vertraglich "einzukapseln" und die beiden deut-schen Staaten mit ihren spezifischen Sonderkonflikten in den internationalen Prozess einzubeziehen.

3.5. Die Bedeutung des Mauerbaus für die DDR

Mit der Errichtung des "Antifaschistischen Schutzwalles" war in den Augen der DDR der "Krisenbrandherd Berlin" unter zuverlässige Kontrolle gebracht wor-den. In offiziellen Darstellungen wurde dabei immer die volle Unterstützung der Bevölkerung für die Errichtung der Abspermaßnahmen betont: bringen und die DDR ungestraft auszuplündern." Die Bundesrepublik war auf sich selbst zu-rückgeworfen worden und die DDR konnte sich konsolidieren, denn erst die Mauer gab Ulbricht die volle Gewalt über die Bürger seines Staates. Damit be-stand für die DDR-Führung die gleiche Ausgangsposition wie für andere kom-munistische Regierungen: Die Menschen, die nicht mehr einfach abwandern konnten, weil ihnen jede Form demokratischen Mitwirkens in der DDR verwehrt wurde, mussten sich mit dem Regime arrangieren. Es gab nun keine Alternative mehr zur Anpassung an den sozialistischen Staat und seine Gesellschaft. Das Bewusstsein, auf unabsehbare Zeit eingesperrt zu sein, machte viele Menschen in der DDR "mauerkrank". Abgrenzungskampagnen konnten weder verwandt-schaftliche Beziehungen zertrennen noch das Gefühl für nationale Zusammen-gehörigkeit beseitigen. Wirkte der Mauerbau 1961 noch auf eine Konsolidierung der DDR und den Machterhalt der SED hin, so wirkte sich die Mauer letztendlich traumatisch für die DDR aus. Nach dem Ende dieser zweiten Berlin-Krise hatte sich auf östlicher Seite auch der Eindruck durchgesetzt, dass die Westbindung der Stadt zumindest kurzfristig nicht lösbar war. Das Nahziel der Berlin-Politik der DDR wurde fortan, den Hauptstadtanspruch der Ostteils der Stadt durchzu-setzen und gleichzeitig die Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik Deutschland in Frage zu stellen. Aus diesem Grunde folgten ab 1963 immer deutlichere Proteste gegen die Präsenz des Bundes in Berlin.

3.6. Die Bedeutung des Mauerbaus für die BRD und West-Berlin

Der Mauerbau war für die westdeutsche Politik ein tiefer Einschnitt. Konrad Adenauers deutschlandpolitische Konzeption hatte den größten Schlag erhalten. Die "Politik der Stärke", die Vorstellung, das System der DDR sei durch Druck von außen zu verändern, schien gescheitert. Aufgrund seines harten politischen Kurses gegenüber den realistischeren Ansätzen Kennedys, geriet

der Bundeskanzler immer mehr ins Kreuzfeuer der Politik. Der junge amerikanische Präsident hatte erkannt, dass dem Westen keine kurzfristige Möglichkeit blieb, den Bau der Mauer rückgängig zu machen und plädierte für die Erhaltung des "status quo" auf der Grundlage seiner nach wie vor bestehenden "three essentials" um einen "modus vivendi" zu finden. Dies beinhaltete aber auch die Annahme der Mauer als Faktum, um politischen Spielraum für die Zukunft zu gewinnen. Das Scheitern Adenauers Politik der Härte gegenüber der DDR spiegelte sich auch bei den Wahlen am 17. September 1961 wieder, als die CDU ihre absolute Mehrheit verlor, und der Adenauer Chruschtschow der Wahlkampfhilfe für Willy Brand bezichtigte. Doch die Existenz der Mauer gab auch Ansatzpunkte zu einer Neuorientierung der Ost-Politik. So glaubte man, dass durch bessere Beziehungen zum Osten die Mauer vielleicht fallen könnte. Diese Politik wurde dann von Brandt realisiert, führte aber nicht zu ihrem gewünschten Ergebnis. Trotz der Abkehr des offenen Konfrontationskurses gegenüber dem anderen deutschen Staat, wurde Berlin und die Mauer jedoch zum zentralen Integrationselement für die Gesellschaft der BRD. Die Mauer machte das gemeinsame "Feindbild" aller Westdeutschen möglich, bot eine einfache, leicht zu verstehende politische Positionsbestimmung für jeden an. Westlich der Mauer existierte die BRD mit ihrer freiheitlich demokratischen Grundordnung, östlich davon, getrennt von einem unmenschlichen Bauwerk, errichtet von einem undemokratischen System, lag die DDR und hielt ihre eigenen Bürger gefangen. Diese hier recht simplifizierte Darstellung wurde bis zum Ende der DDR mehrfach abgewandelt und relativiert, behielt jedoch aufgrund ihrer zutreffenden Kernaussage immer Aktualität.